

Europawahlen in Rumänien

Knapper Vorsprung der Sozialdemokraten – Sieg der EVP-Mitglieder

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni brachten einen Erfolg für die EVP-Mitgliedsparteien, wenngleich die Wahlallianz aus Sozialdemokraten und Konservativen einen knappen Wahlsieg erringen konnte. Ins Europäische Parlament werden neben den Sozialdemokraten (PSD) die Demokratisch-Liberale Partei (PD-L), die Nationalliberale Partei (PNL), der Demokratische Ungarnverband (UDMR), die Großrumänien Partei (PRM) und die unabhängige Kandidatin Elena Basescu einziehen.

schluss dieses Berichts die endgültige Verteilung der Mandate noch unklar war. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Sozialdemokraten 11 Sitze erhalten. Die PD-L dürfte auf 10 Sitze kommen, kann aber den Sitz von Elena Basescu noch hinzurechnen, da diese noch am Wahlabend in die PD-L eintrat.

Da der Ungarnverband UDMR voraussichtlich mit 3 Mandaten ins Europäische Parlament einziehen wird, haben die Wahlen einen deutlichen Vorsprung der EVP-Mitglieder (mit insgesamt 14 Sitzen) vor den Sozialdemokraten (11) und den Liberalen (5) ergeben.

Die nationalistische Großrumänien Partei wird ins EP einziehen, nachdem sie noch bei den Parlamentswahlen 2008 nicht über die 5-Prozent-Hürde gekommen war. Mitentscheidend hierfür dürfte die - wahrscheinlich

Nr.	Partei / Kandidat	2007		2009	
		Mandate	%	Mandate	%
1	Demokratisch-Liberale Partei	16	36.59	10	29.75
2	National Liberale Partei	6	13.44	5	14.53
3	Demokratischer Ungarnverband	2	5.52	3	9.07
4	Christdemokratische Bauernpartei	0	1.38	0	1.46
5	Wahlbündnis PSD + PC	10	23.11	11	30.82
6	Grossrumänien Partei	0	4.15	3	8.68
7	Bürgerliche Kraft			0	0.4
8	Elena Basescu			1	4.22
9	Pavel Abraham			0	1.02

Sieben Parteien/Parteiallianzen und zwei unabhängige Kandidaten bewarben sich um die 33 Sitze Rumäniens im Europäischen Parlament. Die letzten Umfragen vor den Wahlen hatten einen Gleichstand zwischen den Sozialdemokraten und der Demokratisch-Liberalen Partei (jeweils 31 Prozent) vorhergesagt. Das – wie schon bei den Parlamentswahlen im Oktober 2008 - knappe Wahlergebnis führt dazu, dass bis zum Ab-

kurzzeitige - Allianz mit Gigi Becali, einem der reichsten Rumänen und Eigentümer des bekannten Fußballclubs Steaua Bukarest sein, der mit seiner Partei Neue Generation ebenfalls bei den Parlamentswahlen gescheitert war. Becali wurde Mitte April in Untersuchungshaft genommen, nachdem seine Leibwächter Autodiebe erst gestellt und anschließend unter Gewaltanwendung verhört hatten. Noch aus dem Gefängnis



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

heraus gab Becali seine Kandidatur auf der Liste der PRM bekannt, was ihn wohl für eine gewisse Wählerschaft ausreichend für ein Mandat qualifizierte. Am Wahlabend verkündete er, sich der EVP-Fraktion anschließen zu wollen, wovon diese hoffentlich absehen wird.

Elena Basescu (EBA), Tochter des rumänischen Staatspräsidenten, wollte zunächst auf der Liste der PD-L ins EP gelangen. Nachdem es in der Partei Unmut über ihre schnelle politische Karriere gab und die dem Staatspräsidenten überwiegend kritisch eingestellten Medien diese Kandidatur als offene Flanke des Vaters entdeckten, entschloss sich EBA zu einer Kandidatur als Unabhängige, trat aus der Partei aus und kündigte an, gleich nach der Wahl wieder in die PD-L einzutreten.

Geringe Wahlbeteiligung

Erschreckend niedrig war die Wahlbeteiligung von nur 27 Prozent (2007: 28 Prozent) der über 18 Millionen Wahlberechtigten. Ganz offenbar konnte die Bedeutung des Europäischen Parlaments und damit der Wahlen nur unzureichend vermittelt werden. Der Wahltermin am orthodoxen Pfingstsonntag mit einem langen Wochenende war für die Wahlbeteiligung insbesondere der städtischen Bevölkerung nicht zuträglich. Während immerhin 36 Prozent der Bevölkerung auf dem Land wählten, taten dies in den Städten nur 21 Prozent. Entscheidend für die niedrige Wahlbeteiligung dürfte aber das sehr geringe Vertrauen sein, welches rumänische Bürger in Politiker und politische Institutionen haben. In dem am 3. Juni 2009 von Transparency International veröffentlichten *Global Barometer of Corruption 2009* wird Rumänien als einziges Mitgliedsland der EU geführt, in dem die Bevölkerung das Parlament als die korrupteste Institution des Landes betrachtet, gefolgt von den Parteien und der Justiz.

Kein Richtungswahlkampf, aber auch kein Koalitionswahlkampf

Die aussichtsreichsten Parteien des Wahlkampfes waren die in einer großen Koalition regierenden PD-L und PSD, deren Wahlkampf zwischen dem Bemühen schwankte, ein gutes Wahlergebnis zu erzielen, die Koalition nicht zu gefährden und sich für die Präsidentschaftswahlen zu positionieren. Gerade wegen der im November anstehenden Präsidentschaftswahlen ähnelte die Wahlkampagne stellenweise (im ursprünglichen Sinn des Begriffs) einem Feldzug, dessen strategische Ziele sich nur teilweise in Strassburg befanden. Insbesondere der neue Vorsitzende der Liberalen Partei Crin Antonescu nutzte die Wahlkampfveranstaltungen zu Attacken gegen Staatspräsident Basescu, obwohl dieser seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl noch gar nicht entschieden hat.

Neben der Finanzkrise und deren Folgen konnten sich europäische Themen im Wahlkampf nur mühsam behaupten. Sie betrafen den freien Zugang von rumänischen Bürgern zum europäischen Arbeitsmarkt (PD-L), den Zugang rumänischer Produkte zu den europäischen Märkten, die Einwerbung europäischer Fördermitteln (PD-L, PNL), die Vervollständigung der Rechte für Rumänen in Europa (PSD) und die Förderung der Regionalentwicklung (UDMR). Die PD-L stellte ihre Angehörigkeit zur Europäischen Volkspartei als stärkste europäische Parteienfamilie heraus. Auch der Wahlkampfslogan *In der Familie überwinden wir die Schwierigkeiten leichter* zielte neben der Herausstellung familiärer Solidarität als einem wichtigen sozialen Wert auch auf die Angehörigkeit der PD-L zur EVP.

Staatspräsident Basescu warf den Parteien im Anschluss an die Wahlen vor, sich für den „langweiligen“ Wahlkampf nicht ausreichend engagiert zu haben. Einen kämpferischen Höhepunkt bildete allerdings der verbale Schlagabtausch zwischen dem Europa-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

abgeordneten und Spitzenkandidaten der PSD, Adrian Serverin, und der für die PD-L kandidierenden ehemaligen Justizministerin Monica Macovei. Macovei trat in ihrer Zeit als Justizministerin für die Reform des Justizsektors ein und schaffte so vor dem EU-Beitritt bei den EU-Mitgliedsländern das notwendige Vertrauen in die Reformfähigkeit Rumäniens. Seither hat sie immer wieder auf die Defizite der rumänischen Justiz verwiesen und musste sich deshalb vom Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten anhören, sie würde das Land verraten. Serverin selbst äußerte im Vorfeld der Wahlen den Verdacht, bei der Erstellung des Fortschrittsberichts der Europäischen Kommission im Rahmen des Monitoringverfahrens würde nicht alles mit rechten Dingen zugehen und vermutete, hier wäre sogar Korruption im Spiel.

Wahllokal gebracht und geben mehrere Stimmen ab) und „Stalin“ (mehrere Wahlzettel werden ungeachtet von den anderen Mitgliedern des Wahlbüros als Stimmen für einen anderen Kandidaten gezählt).

Angst vor Wahlfälschung

Gemäß einer Umfrage der Nichtregierungsorganisation Pro Democratia befürchtete über die Hälfte der Rumänen vor den Wahlen, dass es zu Wahlfälschungen kommen würde. Am Wahltag wurden dann über 200 sogenannte Vorkommnisse gemeldet, in 38 Fällen hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen begonnen, in weiteren 37 Fällen wurden bereits Geldstrafen verhängt. Die Sozialdemokraten hatten vor den Wahlen zur Vermeidung von Wahlfälschungen einen 18 Punkte umfassenden Katalog möglicher Instrumente der Wahlfälschung veröffentlicht, der durchaus auch als Anregung dienen konnte.

Zu den dort genannten Methoden zählen die „Fotografie“ (die abgegebene Stimme auf dem Wahlzettel wird in der Kabine fotografiert, das Foto dann gegen ein Wahlgeschenk vorgezeigt); „das Weberschiffchen“ (der Wähler betritt das Wahllokal mit einem Wahlzettel in der Tasche, auf dem die Stimme bereits abgegeben wurde und verlässt das Wahllokal mit dem leeren Wahlzettel, den er dort bekommen hat); „der Bus“ (Wahltouristen werden mit Bussen oder anderen Transportmitteln von Wahllokal zu